



Verantwortung?

8,2 Millionen Tonnen Fleisch wurden 2014 in gewerblichen Schlachtunternehmen produziert: Die Deutsche Fleischwirtschaft expandiert. Doch nicht alle profitieren davon. Ein Blick auf eine undurchsichtige Branche.

TEXT: Lea Albring

„Direkt hier“, die Frau macht eine kurze Pause, stützt sich auf ihren Rasenmäher und deutet auf das gegenüberliegende Haus, „genau da wohnen welche.“ Ihr Finger zeigt auf ein zweistöckiges Backsteingebäude, das weder besonders schön noch besonders schäbig ist. Es fügt sich unauffällig in ein Dorf-Idyll aus alten Bauernhäusern, restaurierten Scheunen und buchsbaumgesäumten Einfahrten. „Persönlich kenne ich die nicht, man kriegt kaum was von denen mit. Entweder die arbeiten oder die schlafen“, sagt sie noch, bevor sie ihren Rasenmäher wieder anschmeißt. „Deshalb kann ich mich auch über nichts beschweren.“ Ihren Namen mag die Frau aus dem Vorgarten trotzdem nicht veraten: „Im Dorf kennt man sich.“

Oder eben nicht. In Sögel, mitten in Niedersachsen, 90 Kilometer nordwestlich von Osnabrück, leben



7692 Menschen. Rund 1200 von ihnen sind Rumänen, Polen und Ungarn, der Ausländeranteil ist mit circa 15 Prozent um ein gutes Prozent höher als in Berlin. Aus angekippten Fenstern hört man fremde Sprachfetzen, auf Supermarktparkplätzen stehen Autos mit polnischen Kennzeichen. Die Sögeler wohnen

Fotos: Fotostudio Zeidler, Mauricio Bustamante, Barbara Bechtloff, Lea Albring



Ausgelagert

in den gleichen Straßen und stehen im Discounter an den gleichen Kassenschlangen. Und doch trennt sie mehr als die fünf Meter zwischen den akkurat geschnittenen Grasnarben oder der Riegel auf dem Kassenband. Während die einen das sind, was man weithin unter ‚normale Bürger‘ versteht, sind die anderen das, was viele als ‚moderne Arbeitssklaven‘ bezeichnen. So zum Beispiel Matthias Brümmer von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), aber auch Kirchenangehörige wie Prälat Peter Kossen aus dem Offizialat im Oldenburger Land.

Vor dem Gesetz sind die 1 200 Ausländer aus Sögel Werkvertragsarbeitnehmer. Ein solches Arbeitsverhältnis definiert sich durch eine Arbeitsleistung, die ein Unternehmer gegen Bezahlung für einen Auftraggeber erbringt. Im Alltag kann das zum Beispiel ein Klempner sein, der verstopfte Rohre reinigt. In der Fleischindustrie sind es Zerlegungs- und Schlachtunternehmen, die mit ihren Arbeitern den gesamten Prozess der Fleischherstellung für die Schlachthöfe besorgen. Die Werkvertragsarbeiter aus Sögel arbeiten auf dem Schlachthof Weidemark, keine zwei Kilometer vom Dorfkern entfernt. Die Weidemark Fleischwaren GmbH & Co. KG ist Niedersachsens größter Schlachthof, hier werden wöchentlich 85 000 Schweine geschlachtet und zerlegt, das sind vier Millionen Tiere im Jahr. Weidemark gehört zum Tönnies-Kon-

zern, der mit knapp 17 Millionen Schweineschlachtungen im Jahr 2014 mit Abstand Marktführer ist.

„Als größtes Unternehmen in der Branche ist es unsere Verantwortung, mit positivem Beispiel voranzugehen,“ sagt Joachim Timmermann, der damit auf den „Sögeler Weg“ hinweist. Es ist ein Gemeinschaftsprojekt von Weidemark, seinen Subunternehmern, der Samtgemeinde Sögel und Kirchenvertretern. Kolping nimmt mit einem Europabüro eine beratende Funktion für die Arbeitsmigranten ein.

An einem Mittwochvormittag im Mai stellt sich der Weidemark-Geschäftsführer dem Gespräch, in der Fleischbranche ist das keine Selbstverständlichkeit. Vorher hatte er allerdings um den Lebenslauf seiner Gäste gebeten. Man prüft genau, mit wem man sich einlässt.

Joachim Timmermann, Typ besonnenes Familienoberhaupt, wählt seine Worte mit Bedacht. „Ich versuche, Dinge ins richtige Licht zu rücken, gerade wenn ich meine, dass dort auch viel Polemik mit im Spiel ist. Es wird von allen Seiten sehr stark Kritik an der Fleischwirtschaft geübt, ohne so richtig zu wissen, was stattfindet.“

Damit hat er recht. Doch das liegt nicht nur an polemischen Berichterstattungen oder vehementen Vegetariern. Das liegt auch daran, dass die Arbeitsweisen und Systematiken der Fleischindustrie äußerst un-

Sabina* möchte nicht erkannt werden. Auf ihren Arbeitsplätzen an verschiedenen Schlachthöfen hat sie schlechte Erfahrungen gemacht.

Industrie

Die Top 10 Schlachtunternehmen für Rinder und Schweine in Deutschland sind für 75% der Schlachtungen verantwortlich.

Quelle:
Statistisches Bundesamt



Mit modernsten Maschinen werden im Schlachthof Weidemark im Sekundentakt Schweine zerlegt.

► durchsichtig sind. Über Jahre hinweg sind hier Strukturen gewachsen, die fremdsprachige Menschen systematisch ausbeuten.

„Etwa nach einem Jahr musste ich eine Erklärung unterschreiben“, erzählt Sabina*, die schon in zwei Schlachthöfen gearbeitet hat. „Ich habe nicht verstanden, was da stand, alles war auf Deutsch. Als ich fragte, was das bedeutet, sagte man mir, ich solle keine Fragen stellen.“ Die zierliche Frau sitzt mit hängenden Schultern eingesunken auf ihrem Bett, sie spricht leise. Erst später, so sagt sie, habe sie erfahren, was sie da unterschrieben habe: Eine Bestätigung, mit der sie ihrem Arbeitgeber versicherte, dass er all seinen Pflichten nachgekommen und ihr nichts mehr schuldig sei. Damals arbeitete sie noch unter dem Dach von Tönnies in Rheda-Wiedenbrück. Hier hat der Konzern seinen Hauptsitz, die Schlachtfabrik in Rheda gilt als eine der effizientesten und modernsten in Europa. Angestellt war Sabina bei einem rumänischen Subunternehmer. Die 200 Euro, die er ihr über eineinhalb Jahre hinweg zu unrecht vom Lohn abgezogen hatte, sind für sie unwiederbringlich verloren. Das ist viel Geld, wenn am Ende nur 730 Euro Netto im Monat bleiben.

Bei Weidemark heuert Geschäftsführer Timmermann die Subunternehmen an, zurzeit sind das fünf. Zwei aus Ungarn und je eines aus Rumänien, Polen und Deutschland. Die ausländischen Firmen haben einen Zweitsitz in Deutschland. Als Timmermann später durch den Schlachthof führt, wird er keinerlei Arbeitsanweisungen an die Werkvertragsarbeiter richten. Das darf er auch nicht, denn das wäre Arbeitnehmerüberlassung und damit eine Verletzung des fragilen rechtlichen Gefüges.

Die Missbrauchsproblematik von Werkverträgen ist mittlerweile auch auf oberster politischer Ebene angekommen. Während seines Besuches im Oldenburger Land fand Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel klare Worte: „Wir haben etwas dagegen, dass Werkverträge missbraucht werden, um Geschäftsmodelle zu etablieren, die letztlich auf der gesetzwidrigen

Ausbeutung von Menschen beruhen. Das ist vor allem im Bereich der Fleischindustrie der Fall. Dort arbeiten ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Teil unter menschenunwürdigen Bedingungen.“ In ihrem Koalitionsvertrag haben CDU und SPD Nachbesserungen angekündigt. „Einen gesetzgeberischen Aufschlag hierzu wird es im Laufe dieses Jahres geben“, heißt es dazu aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Die Regierung will Missbrauch eindämmen und die Arbeit der Kontrollbehörden verbessern. „Wenn im Schlachthof mal kontrolliert wurde, stellten die Vorarbeiter vorher die Fließbänder langsamer“, beschreibt Sabina die Situation. „Die Vorarbeiter wussten schon einen Tag zuvor, dass Kontrolleure kommen.“ Beobachter, wie etwa Prälat Kossen, weisen seit langem auf die Unterbesetzung und Überforderung der Behörden hin.

Dass das System ist, wie es ist, hat viele Gründe. „Wenn wir uns über Werkvertragsarbeiter aus Osteuropa unterhalten, dann muss man einfach wissen, dass für diese Tätigkeiten, die wir hier haben, deutsche Mitarbeiter schlicht und ergreifend nicht verfügbar sind.“ So erklärt Timmermann den Status Quo. „Es ist heute einfach eine Frage, ob ich meine Arbeit erledigt bekomme, oder nicht. Wenn ich versuche, das mit hiesigen Mitarbeitern zu machen, dann geht das schlicht und ergreifend nicht.“ Er weiß auch, warum: „Erst einmal ist es im Schlachtbereich natürlich blutig, auf der unreinen Seite der Schlachtung teilweise schmutzig und die Arbeit ist nicht besonders attraktiv. In der Zerlegung ist es so, dass die Arbeitszeiten nicht besonders attraktiv sind. Wir fangen um 2.00 Uhr nachts an, arbeiten in zwei Schichten. So lange deutsche Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, etwas anderes zu machen, machen die was anderes. Aber die Arbeit muss erledigt werden, sonst gibt es kein Fleisch.“

In Sögel bemüht man sich seit November 2011 einen anderen Weg zu gehen. Die Verantwortung, in der sich Timmermann als Marktführer sieht, will man hier mit dem Sögeler Weg gerecht werden. Im Juli



Joachim Timmermann ist seit 2008 Geschäftsführer bei Weidemark.

2013 kamen zwei Werkvertragsarbeitnehmer der Meyer Werft in Papenburg bei einem Hausbrand ums Leben, der mediale Aufschrei war bis Sögel zu hören. Und auch vorher hatten einige Anwohner immer wieder die offenkundig schlechte Unterbringung der Werkvertragsarbeitnehmer angeprangert. Die Gemeinde, der Schlachthof, Kirchenvertreter und Behörden saßen Ende 2011 zum ersten Mal an einen runden Tisch. Man beschloss Zertifizierungsrichtlinien für die Wohnungen, die über dem gesetzlichen Standard lagen. Ziel des Sögeler Weges ist, so kann man es auf der Homepage von Weidemark nachlesen, eine „Verbesserung der Wohn-, Lebens- und Arbeitssituation aller ausländischer Mitarbeiter“ zu bewirken. Außerdem haben die beteiligten Parteien be-

schlossen, Lohn- und Sozialdumping einen Riegel vorzuschieben und die Integration zu fördern. Als zentrale Anlaufstelle für die Werkvertragsarbeiter wurde das Kolping-Europabüro ins Leben gerufen, eine von insgesamt zwei Einrichtungen dieser Art in Deutschland.

Hans-Hermann Hunfeld, Geschäftsführer vom Kolpingbildungswerk im DV Osnabrück, leitet dieses Büro. Die Beratungsstelle für Arbeitsmigranten liegt mitten in Sögel, die Menschen laufen hier vorbei, wenn sie bei Lidl oder Aldi einkaufen wollen. „Die Werkvertragsarbeiter kommen mit allen möglichen Sachen zu uns. Neben den arbeitsrechtlichen Fragen geht es häufig um bürokratische Dinge, das fängt mit der Identifikationsnummer vom Finanzamt an ▶



Hans-Hermann Hunfeld leitet das Kolping-Europabüro in Sögel.

Interview

Peter Kossen

Prälat aus dem Offizialat im Oldenburger Land



Schlachtung

Die Anzahl der geschlachteten Schweine stieg 2014 um 0,2 Prozent auf 58,7 Millionen Tiere.

Quelle:
Statistisches Bundesamt

Wie lautet Ihre Einschätzung zum „Sögeler Weg“?

Das ist ganz klar ein Vorzeigeprojekt. Man signalisiert dem Verbraucher: ‚Schaut her, wir tun etwas.‘ Da liegt natürlich die Vermutung nahe, dass der Tönnies-Konzern so etwas bewusst und öffentlichkeitswirksam präsentiert. Zudem muss man bedenken: Das, was hier als besonders, als lobenswert ausgestellt wird, sollte eigentlich selbstverständlich sein, denn man rühmt sich hier mit der Wahrung und Einhaltung minimaler sozialer Standards. Wenn der Konzern es wirklich ernst meint, dann würde er solche und ähnliche Projekte an allen seinen Standorten verbindlich einführen.

Glauben Sie, das Projekt ist ein Tropfen auf den heißen Stein?

Ja

Was denken Sie über die Arbeit der Beratungsstellen?

Generell ist es natürlich gut, dass es solche Angebote gibt, den Leuten wird schließlich geholfen. Man darf aber nicht vergessen, dass auch hier nur die Symptome behandelt werden. Es ist Aufgabe der Politik, den

Hebel wo anders anzusetzen. Bund und Länder müssen vor allem die zuständigen Behörden stärken. In Niedersachsen sind die kontrollierenden Instanzen, der Zoll und die Gewerbeaufsicht, hoffnungslos unterbesetzt, für neues Personal fehlt das Geld. Ohne ausreichend Personal sind regelmäßige und gründliche Kontrollen auf den Schlachthöfen nicht möglich. Und ohne Kontrollen können Werkverträge weiterhin unbemerkt missbraucht werden.

Ihre Einschätzung zum „Sonderfall“ Kolping-Europabüro?

Ab einem gewissen Grad sind den Beratern wahrscheinlich die Hände gebunden, nehme ich an. Bei einer Podiumsdiskussion haben die Beteiligten signalisiert, dass die Kontroll- und Sanktionsmacht relativ ist. Immerhin steht das Büro indirekt in finanzieller Abhängigkeit von den Subunternehmen. Aber trotzdem: Dass es Beratungsbüros gibt, ist gut. Hier wird den Menschen geholfen, die Hilfe brauchen.

Wann hat Ihr Einsatz gegen den Missbrauch von Werkverträgen begonnen?

Als ich 2011 in meine Geburtsregion, nach Vechta in Niedersachsen, zurückkam, setzte sich allmählich ▶

Die Fenster sind verhängen: In diesem Haus im Oldenburger Land wohnten Werkvertragsarbeiter, nun steht es leer.



8,2 Millionen Tonnen Fleisch wurden 2014 in gewerblichen Schlachtunternehmen produziert – damit ist die Fleischproduktion in Deutschland auf einem neuen Höchststand.

Fortsetzung Interview

Peter Kossen

► ein Mosaik zusammen: Schwangerschaftsberaterinnen erzählten mir von Werkvertragsarbeiterinnen, die mit einer Schwangerschaft ihren Job und alles verloren hatten. Überall schlossen kleine Metzgereien und bis heute schlafen Arbeitsmigranten in heruntergekommenen Massenunterkünften. Das sind Dinge, die man im Alltag gar nicht mitbekommt und falls doch, dann sind den Leuten die Dimensionen nicht bewusst: Allein im Nordwesten Deutschlands gibt es rund 20 000 Werkvertragsarbeiter.

Man könnte Ihnen nun vorwerfen, dass Sie sich als Geistlicher um andere Dinge kümmern sollten.

Das tun die Menschen auch, Kritik kommt von außerhalb, aber auch aus den eigenen Reihen. Da heißt es zum Beispiel, ich schädigte den Ruf der Region oder ich solle mich spirituellen Dingen widmen. Ich begreife das Evangelium und das Christentum aber immer als etwas Politisches und bin fest davon überzeugt, dass die Kirche – als der große gesellschaftliche Player, der sie nun mal ist – viel mehr Durchsetzungsvermögen hat. Wir sind häufig zu still, zu angepasst, zu ängstlich. Als Kirche müssen wir darauf hinweisen, wenn etwas grundlegend falsch läuft. Wenn ich den Papst richtig verstehe, dann ist doch genau das unser Auftrag.

In Ihren zahlreichen Predigten zum Thema sprechen Sie immer wieder von ‚modernem Sklavenhandel‘. Halten sie an dieser Bezeichnung fest?

Ja, auf jeden Fall. Ich ziehe den Vergleich zum Sklavenhandel, da Menschen hier systematisch ausgebeutet werden und sich den Regeln fügen müssen, die sie diktiert bekommen. Menschen werden zum Teil gezielt entrechtet und in ihrer Notlage ausgenutzt. So stellen einige Subunternehmer zum Beispiel gleichzeitig die Wohnung und den Arbeitsplatz. Wenn der Arbeitneh-

mer also seinen Job verliert, weil er sich beispielsweise über etwas beschwert, dann verliert er auch seine Wohnung. Hier werden existenzielle Ängste geschürt. In der Branche gibt es ganz offensichtlich mafiose Strukturen, die von Erpressungen bis Schmier- und Schutzgeldzahlungen reichen. Man kann von einer kriminellen Parallelwelt sprechen.

Vor allem das Argument, in Deutschland gehe es den Arbeitern doch viel besser als zum Beispiel in Rumänien, ärgert mich: Dass es den Menschen in ihrer Heimat schlecht geht, ist doch kein Argument, sie hier auszunutzen.

Auch für die Fleischbranche gilt seit Januar 2015 der Mindestlohn. Was hat sich getan?

Erst einmal ist es gut, dass es den Mindestlohn gibt, er ist eine verbindliche Marke, an der sich die Unternehmen halten müssen. Insgesamt ist das Zahlungsniveau für die Werkvertragsarbeiter schon gestiegen. Allerdings gibt es auch hier eine Kehrseite. Findige Unternehmer müssen nur an den richtigen Schrauben drehen, um das Geld wieder reinzuholen, Überstunden werden zum Beispiel ganz gezielt nicht erfasst und bezahlt. Eine allzu große Euphorie ist daher nicht angebracht.

Es muss sich etwas ändern. Wie lauten Ihre Forderungen?

Die Branche braucht transparente Maßstäbe, das geht nur mit einem funktionierenden Tarifgefüge. Wir brauchen organisierte Tarifparteien und einen gesetzlichen Rahmen für die Begrenzung von Werkvertragsarbeit. Allerdings sollten sich auch die Kirche und ihre Sozialverbände mehr einsetzen. Ich bin selbst Kolpingmitglied. Wir sind doch kein Fastenverein und auch kein lustiger Kegelclub. Wir sind ein Sozialverband, der sich für Menschen in Not engagieren muss!

Die Fragen stellte Lea Albring

► und hört mit den Rundfunkgebühren auf.“ Neben an im Büro sitzt Beraterin Magdalena Kazmerne Tordai, gerade ist ein junger Ungar da und stellt ihr Fragen zum Kindergeldantrag. Nicht selten stehen die Menschen schon Schlange, bevor das Büro öffnet. „Kürzlich sind wir angesprochen worden, dass wir uns mal mehr um die Apotheker kümmern sollten. Damit die wissen, was die Leute wollen und was für Medikamente sie verkaufen sollen“, sagt Hunfeld. Man braucht nicht viel Fantasie um zu verstehen, dass Menschen, die bis zu zehn Stunden am Fließband stehen und Schweinen im Sekundentakt die Hinterläufe abhacken, krank werden können.

„Als die Gemeinde an uns herangetreten ist und uns gefragt hat, ob wir mitmachen wollen, da haben wir

Der Sögeler Weg ist aber auch ein Projekt, das der Schlachthof Weidemark öffentlichkeitswirksam auf seiner Homepage präsentiert. Erfolge und Ziele werden genannt, die Subunternehmer nicht. Von den fünf Unternehmen, die mit am runden Tisch sitzen, will nach mehrfacher Nachfrage nur eines etwas zu der Zusammenarbeit sagen. Die anderen verweigern die Auskunft, lassen sich am Telefon verleugnen oder geben an, sich in den eigenen Chefetagen rückversichern zu müssen. Einer sagt am Telefon, er müsse erst mit Timmermann sprechen, bevor er etwas sage.

Die Co-Abhängigkeit zwischen Subunternehmen und Schlachthöfen ist offensichtlich. Schlachthöfe, die ‚just in Time‘ produzieren, weil die Verbraucher einen unersättlichen Hunger nach Billigfleisch haben, können sich einen Produktionsstopp nicht leisten, die empfindliche Balance der Liefer- und Schlachtketten würde gestört werden. Von heute auf morgen kann Timmermann deshalb seine Subunternehmer nicht auf die Straße setzen. Manfred Friese sitzt mit seiner Firma IntCall in Uckermünde, nah an der polnischen Grenze. Er führt ein Ein-Mann-Unternehmen und erledigt für die polnische Firma Milex Spolka den Papierkram mit den deutschen Behörden. Milex ist eine Zerlegungsfirma bei Weidemark, Frieses Firma IntCall agiert als Subunternehmer des Subunternehmens. Im Gespräch hatte Timmermann gesagt, Sub-Subunternehmen gebe es bei Weidemark nicht.

Und trotzdem: Als der Weidemark-Geschäftsführer nach dem Gespräch sagt, sein Gewissen sei rein, glaubt man ihm. Das System lässt es zu, nicht nur Mitarbeiter, sondern auch Verantwortung auszulagern. Die Gründe dafür sind vielfältig, sie haben politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Dimensionen: Der durchschnittliche Pro-Kopf-Fleischverbrauch in Deutschland liegt bei 60,3 Kilogramm Fleisch, mit 8,2 Millionen Tonnen Fleisch erreichte die Produktion in Deutschland 2014 einen neuen Höchststand.

Eine Forderung, die immer wieder an Timmermann herangetragen wird, ist die nach der Übernahme der Werkvertragsarbeiter: Weidemark solle diese direkt anstellen und nicht durch Subunternehmer für sich arbeiten lassen. „Dem muss man entgegenhalten, dass wir mitten in einem Entwicklungsprozess sind. Das wird oft verkannt“, sagt er. Gesteht er damit Unzulänglichkeiten im System ein oder hat er die sich ankündigenden politischen Änderungen im Blick? Bekannt ist, dass Werkvertragsarbeiter branchenübergreifend „Arbeitnehmer zweiter Klasse sind“, wie es Gewerkschafter Brümmer nennt. Sie haben beispielsweise nicht die gleichen Urlaubsansprüche wie ihre angestellten Kollegen, in der Regel gibt es keine Tarifverträge für diese Arbeitnehmergruppe.

Anders als bei dem undurchsichtigen System drum herum, verlaufen die Grenzen im Schlachthof deutlicher. „Wir gehen jetzt aus dem weißen in den schwarzen Bereich“, erklärt ein Mitarbeiter von Weidemark auf dem anschließenden Gang durch den Schlachthof, der hinten bei der Verpackung beginnt und vorne ►



Magdalena Kazmerne Tordai berät seit 2013 Werkvertragsarbeiter im Kolping-Europabüro.

Hinter Stacheldraht: Auf dem Gelände des Wohnparks in Ahlhorn stehen Container für Werkvertragsarbeiter.



uns gefragt: Wollen wir das überhaupt? Wollen wir Erfüllungsgehilfe für dieses Wirtschaftssystem sein? Diese Frage muss man sich ja stellen, genauso wie die Frage, ob wir da nicht eine Alibi-Funktion einnehmen“, sagt Hunfeld. Man sei dann aber zu dem Schluss gekommen, „Wirtschaftssystem hin oder her, dass die Leute ja schließlich hier sind und Hilfe brauchen.“ Das Kolping-Europabüro ist Vertragspartner der Samtgemeinde Sögel, diese bekommt von den Subunternehmen monatlich fünf Euro pro Werkvertragsarbeitsplatz und finanziert damit das Beratungsangebot – eine Dreiviertel-Stelle für 1200 Menschen. Günter Wigbers, der Bürgermeister von Sögel (CDU), ist mit der Zusammenarbeit der Beteiligten sehr zufrieden. „Die Unabhängigkeit der Beratungsstelle ist ohne jeden Zweifel gegeben“, sagt er. „Wir als Kommune sind alleiniger Vertragspartner des Bildungswerkes und stehen daher auch für die Finanzierung des Kolping-Europabüros gerade. Alles andere wäre fatal und ungläubwürdig.“

Der Sögeler Weg hilft Menschen aus dem Ausland, die in Deutschland keine Lobby haben. Er hilft Menschen, die sich hier nicht verständigen können und von ihrem Gegenüber häufig nicht verstanden werden wollen. Es ist schon ein Erfolg, dass die Betten in Sögel nicht mehr wie im Schichtbetrieb genutzt werden, alle Werkvertragsarbeiter haben ein eigenes Bett. Dass sich fremde Menschen ein Zimmer teilen müssen, ist auch hier noch üblich.

Niedrigpreise

Der Schlachtpreis für Schweine liegt in der Kalenderwoche 25 bei 1,53 Euro pro Kilogramm Schlachtgewicht.

Quelle: Vereinigung der Erzeugergemeinschaften für Vieh und Fleisch e.V.

Allein die Tönnies Lebensmittel GmbH & Co. KG schlachtet knapp 17 Millionen Schweine im Jahr.

► beim Betäuben der Schweine endet. Der schwarze Bereich, das ist das, was Timmermann zuvor mit „ unreine Seite der Schlachtung“ meinte. Schweinehälften hängen hier kopfüber von der Decke, Blut tropft, unbrauchbare Organe werden herausgeschnitten und auf den Boden geworfen. Wenn der weiße Zerlegungsbereich ein Kühlschrank war, dann ist der schwarze Schlachtbereich ein Ofen: Die gerade geschlachteten Schweine werden hier durch Feuerschleusen geschleust. Bei circa 65 Grad öffnen sich die Poren der Tiere so weit, dass die Borsten samt Wurzel leicht herausgezogen werden können. Zuvor wurden die Schweine mit

Kohlendioxid betäubt. Sie bekamen Haken durch die Haxen gerammt, wurden kopfüber aufgehängt und schließlich von einem Werkvertragsarbeiter mit einem Stich in die Blutgefäße am Herzen getötet. „Schlachten, das bedeutet sterben durch Blutverlust“, erklärt der Schlachtermeister noch. Wie alle seine Kollegen, die direkt bei Weidemark angestellt sind, trägt er ein weißes Haarnetz. Die Vorarbeiter der Subunternehmen tragen rote Helme, die Werkvertragsarbeiter des polnischen Unternehmens haben gelbe, die des ungarischen blaue und die des rumänischen Subunternehmers grüne Haarnetze.



Misstände in der Fleischindustrie – wer ist in der Verantwortung?

Sabina / ehemalige Werkvertragsarbeiterin

Die Subunternehmer sind an allem Schuld. Ganz klar. Die bringen ihre korrupten Strukturen aus dem Ausland mit und nutzen die eigenen Landsleute aus – mein Chef war auch Rumäne. Ich hätte nie gedacht, dass mir in Deutschland so etwas begegnet.

Peter Kossen / Prälat aus dem Offizialat im Oldenburger Land

Wir brauchen ein stärkeres Regelwerk, verbesserte Gesetze und organisierte Tarifparteien. Es kann doch nicht normal sein, dass mittlerweile 60-70 Prozent in einem Betrieb Werkvertragsarbeiter sind. Ich sehe aber auch die Gesellschaft und den Verbraucher maßgeblich in der Verantwortung: Die fünf marktführenden Discounter investieren viel in Marktforschung und reagieren sensibel auf das Verhalten der Verbraucher. Ich denke, man kann mit seinem Konsumverhalten viel bewegen.

Hans-Hermann Hunfeld / Leiter Kolping-Europabüro

Die Politik bestimmt die Spielregeln, so einfach ist das. Nur wenn die sagen, wir müssen das Missbrauchspotenzial von Werkverträgen irgendwie beschränken, dann

kann sich etwas ändern. Das macht nicht die Kirche, das macht auch nicht der Verbraucher. Ich finde es zu einfach zu sagen, dass der Verbraucher über den Preis entscheidet.

Joachim Timmermann / Geschäftsführer vom Schlachthof Weidemark

Politik und Unternehmer sind zu gleichen Teilen in der Verantwortung. Der Verbraucher nicht, der reagiert nur. Er nimmt die Dinge so hin, wie sie ihm angeboten werden und kann nicht dafür verantwortlich gemacht werden, ob Unternehmer Tierschutzgesetze einhalten oder ob sie vernünftig mit den Menschen umgehen.

Matthias Brümmer / Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

In erster Linie müssen die Unternehmen etwas ändern und ein klares Signal setzen, dass sie weg wollen von diesen mafiösen Strukturen. Das geschieht aber bisher nicht. Als zweites sehe ich die Politik in der Verantwortung und dann auch die Rechtsprechung: Verdeckte und illegale Leiharbeit muss sanktioniert werden.

Keine zwei Autostunden entfernt, im Oldenburger Land, ist es ähnlich ländlich wie in Sögel. Bäume und Felder wechseln sich ab, man fährt durch norddeutsches Flachland, die Orte heißen Bösel, Dötlingen oder Prinzhöfte. An den Landstraßen tauchen immer wieder alte Backsteinhäuser auf. Hier wohnen Bauern und Hoferben. Und Menschen, die für einen Sonntagsausflug zum nächsten Badensee keine Zeit haben, weil sie entweder arbeiten oder schlafen: Werkvertragsarbeiter. Nicht weit von hier, in Alhorn, gibt es einen riesigen Wohnpark für Werkvertragsarbeiter; es ist eine alte Kaserne. Der Gebäudekomplex ist von Stacheldraht umzäunt, wer rein oder raus will, muss eine Schranke passieren. Beobachter gehen von mindestens 1500 Werkvertragsarbeitnehmern aus, die hier leben. Auf der Rückseite des riesigen Areals stehen weiße Container für die Erdbeerpflücker. Nicht nur in der Fleischbranche gibt es Werkverträge.

Irgendwo im Nirgendwo des Oldenburger Landes wohnt auch Sabina, sie teilt sich ein Zimmer. Kühlschrank, Kaffemaschine, Bett und TV: Alles, was die Mittdreißigerin zum Leben braucht, steht auf etwa 15 Quadratmetern. Warm zahlen beide Bewohner zusammen 420 Euro für den Raum. Küche und Bad teilen sie sich mit anderen Werkvertragsarbeitnehmern, die in weiteren Zimmern wohnen.

Als sie noch in den Tönnies-Hallen in Rheda arbeitete, sagt Sabina, musste sie jeden Tag zur Arbeit laufen, 3,5 km hin und 3,5 km zurück. „Ich habe oft zehn bis zwölf Stunden am Tag gearbeitet und das sechs, manchmal auch sieben Tage die Woche.“ Sie zeigt ihre Lohnstreifen, die sie auf ihrem Bett neben sich ausge-

breitet hat. Auf jedem sind exakt 173 Stunden Monatsarbeitszeit eingetragen. Im ersten halben Jahr habe sie nicht einmal einen Lohnstreifen bekommen.

Die Rumänin erzählt, sie habe auch schon in Portugal gearbeitet. Sie schlägt sich in Europa durch, weil sie in ihrer Heimat von ihrem Lohn nicht leben kann. Momentan hat Sabina keinen Job, ihr letzter Arbeitgeber hat ihr gekündigt. Sie zeigt auf ihren Unterarm: „Da hat sich durch die immer gleichen Handgriffe auf dem Schlachthof etwas verkürzt, ich musste operiert werden.“

Und nun? Sabina will wieder arbeiten, wo, das ist ihr ganz egal. Auch auf einem Schlachthof würde sie wieder anfangen.

Die Firma, für die sie bei Tönnies in Rheda-Wiedenbrück gearbeitet hat, heißt S.E.L Consulting MEG. Laut Handelsregister haben der Vertreter und die Firmenanschrift in München gewechselt. Eine Telefonnummer ist weder bei der Auskunft noch in Branchenbüchern verzeichnet, auch eine Homepage gibt es nicht. In einem gutsituierten Vorort von München sitzt die Firma in einem ansehnlichen Mehrfamilienhaus. Eine Physiotherapiepraxis macht am Eingang mit einem Schild auf sich aufmerksam, die S.E.L. Consulting MEG ist lediglich auf einem Klingelschild zu finden. Nach dem Klingeln öffnet niemand.

Auch das ist ein Unternehmen, mit dem der Tönnies-Konzern zusammengearbeitet hat. Sögel und Rheda liegen keine 180 km auseinander.

180 Kilometer – so weit reicht der Sögeler Weg noch lange nicht. ■

* Name von der Redaktion geändert

Kommentar

Ulrich Vollmer

Bundessekretär des Kolpingwerkes Deutschland



Im Leitbild unseres Verbandes „Kolping – verantwortlich leben, solidarisch handeln“ haben wir zum Ausdruck gebracht, dass die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen unser gesellschaftspolitisches Engagements erfordert. Diese Herausforderung nehmen wir als katholischer Sozialverband wahr, zugleich wollen wir soziales Bewusstsein und Handeln fördern. Dazu entwickeln wir Konzepte und packen tatkräftig an. Unser

Dienst für andere schließt Lebensbegleitung und Anwaltschaft für Benachteiligte und Hilfesuchende ein.

Im Beitrag wird anschaulich deutlich, wie das Kolping-Europabüro vor Ort in Sögel tatkräftig – ganz im Sinne dieser Leitbildausagen – anpackt und damit Menschen konkrete Hilfe, Unterstützung und Begleitung erhalten. Dieses herausragende Engagement ist anerkennenswert! Allen, die sich in diesem Projekt engagieren, gilt ein besonderer Dank.

Der Beitrag zeigt, dass wir Mindestlöhne und Lohnuntergrenzen

brauchen. Als Kolpingwerk Deutschland haben wir uns für den Mindestlohn engagiert und uns zusammen mit anderen Bündnispartnern politisch dafür eingesetzt. Darüber hinaus sind wir alle als Kolpingschwester und Kolpingbrüder – als engagierte Christen – zugleich gefordert, uns für soziale Gerechtigkeit stets einzusetzen, wachsam hinzusehen und im Gespräch zu bleiben. Ganz im Sinne von Papst Franziskus gilt es, Solidarität zu schaffen für Menschen ohne Lobby! Als Kolpingwerk setzen wir uns für eine menschenwürdige Gestaltung der Arbeitswelt ein. Auch diese Aussage findet sich im Leitbild unseres Verbandes. Wenn wir uns also politisch für den Mindestlohn eingesetzt haben, so ist es aber auch gut und notwendig, wenn wir uns wie in Sögel vorbildhaft und tatkräftig konkret für Menschen einsetzen. Dieses könnte und sollte auch an anderen Orten, dort wo Menschen sich in vergleichbaren schwierigen Situationen befinden, engagiert erfolgen. Es wäre schön, wenn Kolpingsfamilien Orte wären, in denen Menschen Gastfreundschaft gewährt wird, die zeitlich befristet neben und mit uns leben und arbeiten. Scheuen wir uns nicht davor, diese anzusprechen und einzuladen, werden wir aktiv. Lassen wir uns als Christen – ganz im Sinne Adolph Kolpings – auch hier in die Pflicht nehmen!